

MEDIEN-INFORMATION

Mittwoch, den 8. März 2006

Junge Union: Nach Urteil Gesamtlösung für nukleare Entsorgung konsequent verfolgen

Anlässlich der Bestätigung des Planfeststellungsbeschlusses zur Genehmigung des Atommüll-Endlagers im Schacht Konrad durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erklären der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, und ihr energiepolitischer Sprecher, Michael Radomski:

„Mit dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg sind nun die rechtlichen Hürden für den Beginn einer geordneten Endlagerung nuklearer Abfälle in Deutschland überwunden. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Schachts Konrad, die aufgrund einer politischen Absprache der früheren Bundesregierung bis heute verzögert wurde, wird die Endlagerung der schwach- und mittelaktiven radioaktiven Abfälle, die vor allem in Forschung und Medizin, aber auch bei der Demontage alter Kernkraftwerke anfallen, gewährleisten. Das Bundesumweltministerium darf sich dem nicht in den Weg stellen.

Diese Wende der Endlagerungspolitik zu Vernunft und Sachverstand muss nun auch im Bereich der stark radioaktiven Abfälle zu einer ergebnisorientierten statt bloß ideologischen Politik zurückführen. Das Moratorium der Erkundung des geplanten Endlagers in Gorleben muss aufgehoben und die wissenschaftliche und technische Erforschung des Salzstockes zu einem Ergebnis gebracht werden.

Alle bisherigen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass Gorleben ein geeigneter Standort als deutsches Endlager für hochradioaktive Abfälle ist – der entsprechende Nachweis muss endlich erbracht werden dürfen. Eine verantwortungsvolle Atompolitik darf diese Möglichkeit nicht ausschlagen, da weder die dezentrale Zwischenlagerung als dauerndes Provisorium noch die vom ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) überlegte Verlagerung der Entsorgung ins Ausland der Aufgabe gerecht werden, ein sicheres nationales Endlager für vorhandene und zukünftige radioaktive Abfälle zur Verfügung zu stellen.“